

Der Normalisierung entgegenreten – entschlossen und vernetzt gegen Rechtsextremismus

Tagung des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention
am 18. und 19. April 2024 in Leipzig

Tagungsdokumentation



Auf der vierten Tagung des Kompetenznetzwerks Rechtsextremismusprävention, die am 18. und 19. April 2024 in Leipzig stattfand, wurde deutlich sichtbar, wie sehr die rechtsextreme Mobilisierung der vergangenen Jahre das demokratische und vielfältige Zusammenleben in Deutschland bedroht. Gleichzeitig zeigte sich, wie viele Menschen die derzeitige Normalisierung rechtsextremer Haltungen nicht hinnehmen wollen und wie groß die Expertise in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus ist.

Wie kann eine engagierte Zivilgesellschaft dieser gewaltigen Herausforderung wirksam begegnen? Wie können diejenigen unterstützt werden, die von rechtsextremen Akteur*innen besonders bedroht sind? Diese Fragen diskutierten die rund 150 Teilnehmenden und Referent*innen der Tagung in verschiedenen Vorträgen, in Workshops und Diskussionsformaten. Dabei ging es auch um die Vernetzung untereinander, um gegenseitiges Lernen und Bestärken. Denn dies ist für eine starke Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wichtig, und eine Voraussetzung, um der Normalisierung gemeinsam entgegenzutreten zu können.



Grußwort von Lisa Paus

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

In einem digitalen Grußwort adressierte Lisa Paus, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Teilnehmenden der Fachtagung und sprach ihnen ihren Dank für die wichtige Arbeit aus. Sie erklärte, dass Rechtspopulist*innen und Rechtsextreme die Ängste der Bevölkerung nutzten und antidemokratische Einstellungen verstärken. Doch die Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus hätten gezeigt: „Wir sind entschlossen und wir sind mehr. Wir werden unsere Demokratie verteidigen!“ Dafür seien Präventionsangebote heute wichtiger denn je. Sie beraten, erproben neue pädagogische Konzepte und gehen auch dort hin, wo es weh tut.

Die Bundesministerin betonte, dass rechtsextreme Akteur*innen professionell agieren und politischen Einfluss nehmen wollen, in Jugendkulturen, auf Social Media oder mithilfe vermeintlich wissenschaftlicher Institute. Dabei seien sie zudem stark vernetzt. Eine engagierte demokratische Zivilgesellschaft müsse sich daher umso besser vernetzen. Die Teilnehmenden der Tagung erlebten in ihrer Arbeit selbst, wie viele Menschen Beratung suchten und wie sehr der Druck auf sie steige. Das zeige, wie dringend nötig und wie wertvoll die Arbeit der Engagierten sei und dass ihnen herzlicher Dank gebühre: „Denn Sie sind ein Gewinn für unsere Demokratie.“

Grußwort von Petra Köpping

Sächsische Staatsministerin für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt



Auch Petra Köpping bedankte sich in ihrem Grußwort bei den Teilnehmenden für ihre Arbeit in der aktuell herausfordernden gesellschaftlichen Situation. Denn gerade in Sachsen, aber auch bundesweit hätten sich rechtsextreme Akteur*innen in den letzten Monaten und Jahren immer stärker untereinander vernetzt. Auch in Form der Partei „Freie Sachsen“ agierten Rechtsextreme mit Anhänger*innen in Größenordnungen, die nicht zu unterschätzen seien. Mit Blick auf die Kommunal- und Landtagswahlen müsse es das Ziel sein, rechtsextreme Mehrheiten zu verhindern.

Dabei seien die Großdemonstrationen gegen Rechtsextremismus von Anfang des Jahres ermutigend gewesen. Sie reichten aber nicht aus: „Es kommt jetzt darauf an, dass wir unterwegs sind“, betonte Köpping. Die Sächsische Staatsministerin plädierte dafür, angesichts der ansteigenden Angriffe auf Mandatsträger*innen und politisch engagierte Menschen diese besser zu schützen und demokratische Kräfte insbesondere im ländlichen Raum zu stärken. Dazu forderte Köpping die Teilnehmenden auf, selbst auch im ländlichen Raum aktiv zu werden und beispielsweise Demonstrationen dort zu besuchen. „Denn Sie sind diejenigen, die tatsächlich die besten Voraussetzungen haben. Sie braucht es. Die Netzwerke mit geballter Expertise.“

Sofatalk: Rechtsextremismus als Herausforderung auf Bundes- und Länderebene

Mit Petra Köpping und Melanie Haas

Anschließend an die beiden Grußworte fand eine Diskussionsrunde zwischen Petra Köpping, Sächsische Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, und Melanie Haas, Abteilungsleiterin „Demokratie und Engagement“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, statt. Timo Reinfrank moderierte das Gespräch und brachte ergänzende Perspektiven aus der Zivilgesellschaft ein.

Es wurde gemeinsam diskutiert, welche Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bestehen. Dabei betonte Melanie Haas, dass sich, während Demokratie zum Streitthema geworden sei, rechtsextreme Parteien, rechtsextreme Akteur*innen im ländlichen Raum sowie Reichsbürger*innen vernetzten und ihre Kräfte bündelten. Dasselbe müsse die Gegenseite auch tun. „Ich glaube, wir sind mehr. Das haben die Demos auch gerade hier in Sachsen gezeigt“, machte Haas Mut mit Blick auf die Großdemonstrationen und Veranstaltungen Anfang des Jahres insbesondere in den Kleinstädten der ostdeutschen Bundesländer. Auch in der neuen Förderperiode von „Demokratie leben!“ würden deshalb stärkere Anreize für die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und Vernetzung gesetzt. Petra Köpping ergänzte, dass bloße Vernetzung nicht



ausreiche. Mit den Menschen, die beispielsweise mit Säxit-Schildern die großen Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in Sachsen begleitet hatten, müsse gesprochen werden, sie dürften nicht zu schnell verloren gegeben werden. Köpping appellierte an die Teilnehmenden: „Ich bitte Sie: Sie müssen kommen. Nach Thüringen, Brandenburg, nach Sachsen.“ Dafür ertete sie viel Applaus. Aber wie lassen sich Menschen erreichen, die demokratie-distanziert bis -ablehnend sind? Haas erklärte, dass im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in den kommenden Jahren ein Schwerpunkt auf den Schutz zivilgesellschaftlichen Handelns gelegt werde und die geförderten Organisationen angeregt werden sollen, sich vermehrt mit demokratiskeptischen Menschen auseinanderzusetzen. Die Konfliktfähigkeit müsse pädagogisch erarbeitet werden.

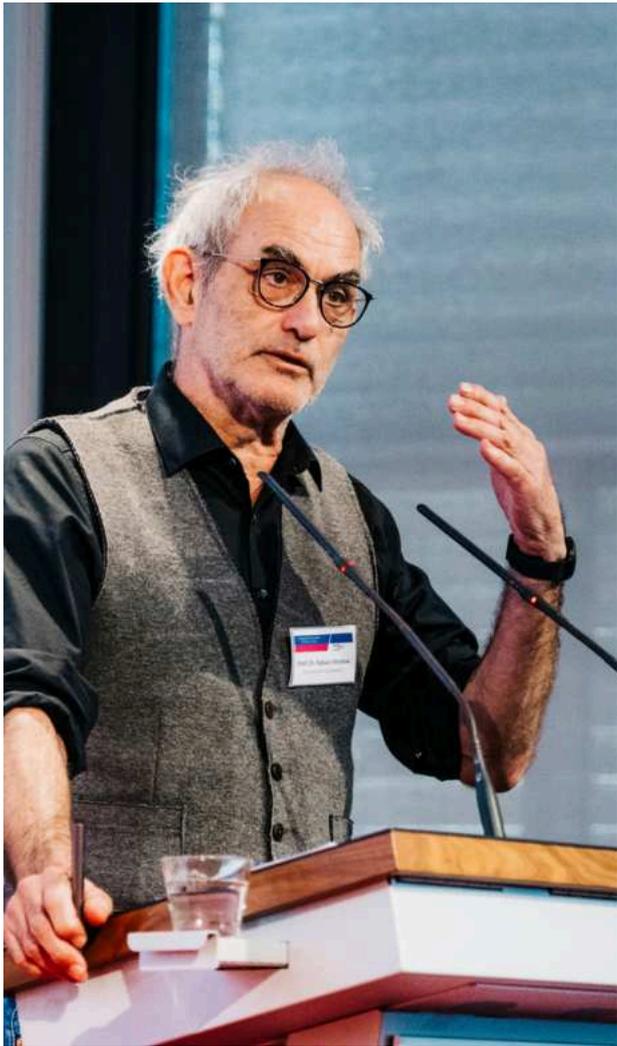
Petra Köpping sprach zudem das Demokratiefördergesetz an, das ihrer Ansicht nach eine der obersten Prioritäten sein sollte. Sie forderte in Hinblick auf Grenzen der zivilgesellschaftlichen Arbeit und die Verantwortung der Politik, dass ein klares unterstützendes Statement der Staatsregierung erforderlich sei. Es würde zu wenig mit den Menschen geredet, die sich für die Demokratie einsetzen, und stattdessen den Skeptiker*innen sehr viel Aufmerksamkeit gegeben. Anschließend ging es um die Frage, wie eine für Menschenrechte und Demokratie engagierte Zivilgesellschaft noch agieren kann, wenn rechtsextreme Parteien Bürgermeister*innen und Landrät*innen stellen. Melanie Haas erklärte, dass es in den meisten Regionen noch nicht so weit sei. „Solange es noch nicht so weit ist, müssen wir alles dafür tun, dass es nicht dazu kommt.“

Timo Reinfrank berichtete in diesem Zusammenhang von einem Erfahrungsaustausch mit Kolleg*innen in Österreich, die von einer schnellen, gut organisierten und vorbereiteten Übernahme von Stellen in der Jugendhilfe und Kulturangeboten durch die Identitäre Bewegung erzählten. Auch Köpping mahnte: „Wir müssen überlegen, was wir alles verlieren könnten.“ An manchen Stellen sei es schon so weit, dass aufgrund des Einwirkens rechtsextremer Politiker*innen keine Mittel mehr für die Jugendarbeit zur Verfügung gestellt würden. Jede*r Einzelne müsse nach Kräften dagegenwirken, auch bei den anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. Denn bei diesen Wahlen „geht es nicht um alles, aber um alle!“



Vortrag: Der Normalisierung der extremen Rechten entgegenreten

Prof. Dr. Fabian Virchow, Hochschule Düsseldorf



Haben rechtsextreme Einstellungen in den vergangenen Jahren eine Normalisierung erfahren? Und welche vermeintliche „Normalität“ wollen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen durchsetzen? Diese beiden Fragen diskutierte Prof. Dr. Fabian Virchow, der seit vielen Jahren zu Rechtsextremismus und Neonazismus forsch, in einer Keynote am Donnerstag.

Dabei zeigte Virchow zunächst auf, dass die „Normalität“, die sich rechtsextreme Parteien und Bewegungen vorstellen, verschiedene Dimensionen umfasst und (mindestens) auf das Westdeutschland der 1950er und 1960er Jahre zurückgeht: Unter anderem zielen Rechtsextreme auf die Rückkehr zu einem patriarchalen Familienbild ab, das sich an einem männlichen Hauptverdiener orientiert, sowie der Ausrichtung der Wirtschaft an industrieller Produktion. Außerdem streben sie die Unsichtbarmachung bzw. den Ausschluss von außereuropäischer Migration und muslimischer Religion an.

Eine systematische Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Nationalsozialismus findet in dieser „Normalität“ nicht statt, linke Gruppen werden verfolgt und Sprache kommt ohne Gendern und Anglizismen aus. In Sachen Ernährung bleibt Fleisch eine Selbstverständlichkeit.

Solche Positionen haben dem Düsseldorfer Professor für Politikwissenschaft zufolge in den letzten Jahren eine Normalisierung erfahren. Bisher randständige und auch ausgrenzende Positionen sind für größere gesellschaftliche Gruppen tolerabel geworden, zum Teil werden rechtsextreme Einstellungen gar nicht mehr als solche wahrgenommen oder werden als akzeptable Problemlösung aufgefasst. Rechtsextreme Begriffe und Denkfiguren haben vermehrt Eingang in die öffentliche Debatte gefunden. Die Normalisierung menschen- und demokratiefeindlicher Einstellungen zeigt sich deshalb auch in einer Verrohung des öffentlichen Diskurses: „Öffentlich rassistisch sprechen wird schamlos“, so Virchow. Diese Entwicklung kann Virchows Ansicht nach aber nur zum Teil als Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Liberalisierung der letzten Jahrzehnte erklärt werden. „Liberalisierung ist keine Selbstverständlichkeit. Das Pendel kann signifikant zurückschlagen.“ Das lasse sich auch an den USA oder Ungarn erkennen.

Wie kann der große Teil der Gesellschaft, der sich Demokratie und Menschenrechten verpflichtet fühlt, mit der extremen Rechten umgehen? Hier machte Virchow verschiedene Ansatzpunkte aus: Mit Menschen, die zwar mit rechtsextremen Ansichten sympathisieren, aber noch für eine Auseinandersetzung erreichbar sind, sollte der Dialog aufrechterhalten werden. Ab einem bestimmten Punkt – beispielsweise einem hohen Organisationsgrad des Gegenübers – müsse dann aber eine bewusste Ausgrenzung rechtsextremer Positionen erfolgen, insbesondere wenn menschenverachtende Haltungen geäußert werden. Im Fall von Parteien müssten mögliche menschenverachtende oder diskriminierende Inhalte öffentlich deutlich benannt werden und Widerspruch erfahren. Aber auch auf eine finanzielle und strukturelle Stärkung der Regelstrukturen komme es an, beispielsweise in der Sozialen Arbeit. Zudem müsse die Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus in die Ausbildung von Sozialarbeiter*innen und Lehrer*innen mit aufgenommen werden. Ganz besonders aber forderte Prof. Dr. Fabian Virchow die Zivilgesellschaft auf, sich bewusst in die gesellschaftliche Diskussion über Normalitätsvorstellungen einzumischen. Doch wie lange dauert es im besten Fall, bis die Normalisierung des Rechtsextremismus zurückgedrängt werden kann? „20 Jahre – wenn wir alles richtig machen“, so seine Prognose.

**„Wie wollen wir leben?
Das ist die Debatte, die wir führen müssen.“**
Prof. Dr. Fabian Virchow



Entschlossen und vernetzt: das Kompetenznetzwerk

Rechtsextremismusprävention

Paneldiskussion mit den fünf Trägern des KompRex

Fast fünf Jahre lang arbeiten die Amadeu Antonio Stiftung, die BAG Kirche und Rechtsextremismus, cultures interactive, Gesicht Zeigen! und das LidiceHaus nun schon im Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention zusammen. In einer von Tagungsmoderatorin Fatma Erol-Kilic begleiteten Paneldiskussion blickten die Geschäftsführenden der fünf Träger deshalb auf die Entwicklung des Rechtsextremismus in dieser Zeit und die Zusammenarbeit im KompRex zurück.

Timo Reinfrank von der Amadeu Antonio Stiftung stellte eingangs fest, dass in den letzten Jahren eine „neue Generation“ Rechtsextremismus entstanden sei, in „einer Breite, die ich mir vorher nicht vorstellen konnte“. Das sei für ihn auch ein Ergebnis massiver Investitionen in demokratiefeindliche Bewegungen und Vorfeldorganisationen, die sich zunehmend auf eine rechtsextreme Infrastruktur verlassen könnten. Um dem zu begegnen, müsse die Demokratie konstant gestärkt werden. Insbesondere müssten diejenigen unterstützt werden, die der rechtsextremen „Normalitätsprojektion“ im ländlichen Raum begegnen. Vor allem zivilgesellschaftliche Träger und kleine Initiativen benötigten Handlungssicherheit im Umgang mit Rechtsextremismus, dem politischen Neutralitätsgebot und in Fragen der Gemeinnützigkeit.

„Wie können wir noch wirkungsvoller werden?“
Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste



Für Jutta Weduwen von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste besteht eine zentrale Frage in der kirchlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus darin, wie viel Dialog möglich ist. Denn der Umgang mit Wähler*innen rechtsextremer Parteien beschäftigt die Pfarrer*innen im ländlichen Raum. Weitere wichtige Problemfelder sind für Jutta Weduwen zudem der zunehmende Antisemitismus ebenso wie der Rassismus gegen Sinti*zze und Rom*nja. Im kirchlichen Raum seien außerdem die Brückenideologien Antifeminismus und Queerfeindlichkeit ein zentrales Thema. Diejenigen, die sich in diesem Umfeld für Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellungsstrategien einsetzen, sollten daher gestärkt werden.

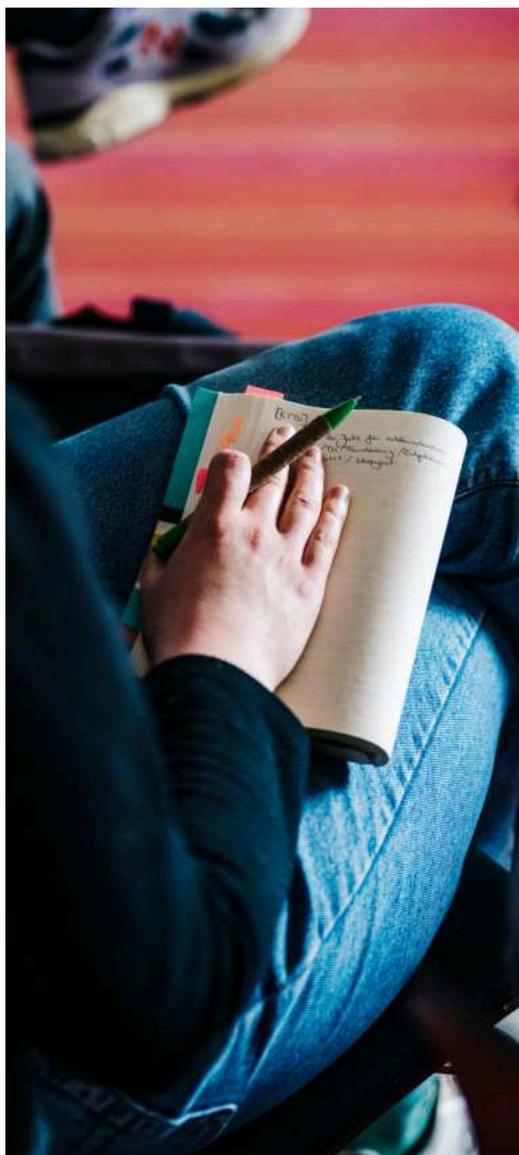
Sophia Oppermann, Geschäftsführerin von Gesicht Zeigen!, machte auf die rechtsextreme Gewalt aufmerksam, die die letzten fünf Jahre mit den Terroranschlägen in Halle und Hanau, mit rassistischen Übergriffen sowie Drohungen gegen Kommunalpolitiker*innen geprägt haben. Ihrer Ansicht nach haben die Bereiche Justiz und Wirtschaft, die Gesicht Zeigen! im KompRex bearbeitet, noch nicht ausreichend erkannt, wie gefährdet die Demokratie aktuell ist. Um angehende Jurist*innen für eine mögliche rechtsextreme Motivation von Straftaten zu sensibilisieren, hat Gesicht Zeigen! deshalb an verschiedenen Universitäten Vorlesungen und Seminare zum Thema „Rechtsextremismus und Justiz“ angeboten.

Silke Baer von cultures interactive beschäftigt, was der gesellschaftliche Rechtsruck mit Kindern und Jugendlichen macht. Immer mehr der Heranwachsenden wüchsen in Umfeldern auf, in der Abwertungen und Diffamierungen zum Alltag gehörten. Das prägte wiederum ihre Meinungen und habe Folgen für die gesellschaftlichen Entwicklungen in der Zukunft. Schulen, in denen menschenverachtende und demokratiefeindliche Äußerungen weit verbreitet sind, seien keine Einzelfälle. Zwar seien Lehrkräfte heute versiert, Rechtsextremismus als Problem zu erkennen, aber sie hätten es mit einem viel höheren Problemdruck zu tun, der sich ganz schwer einfangen ließe. „Für diese Komplexität braucht es Unterstützungsstrukturen in den Schulämtern und Landesjugendämtern sowie praxisorientierte Orientierungshilfen für Lehrer*innen. Um einer weiteren Zunahme von menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Einstellungen unter Jugendlichen entgegenzuwirken, sind Silke Baer zufolge sekundärpräventive, intensivpädagogische Angebote sowie ausreichend finanzielle Mittel nötig.“



Anne Dwertmann vom LidiceHaus berichtete in der Paneldiskussion aus der Qualifizierung pädagogischer Fachkräfte, einem Arbeitsfeld, in dem die Herausforderungen allgemein zugenommen haben. Mit dem Beginn der Corona-Pandemie seien rechtsextreme Einstellungsmuster vielschichtiger geworden, darauf müsse in der Beratung von pädagogischen Fachkräften schnell und adäquat reagiert werden. Um die Kolleg*innen auf die komplexen Aufgaben in ihrem Arbeitsfeld vorzubereiten, sollte insbesondere der Umgang mit völkischen Erziehungsmustern, aber auch mit Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus in die Curricula an den Hochschulen aufgenommen werden.

Workshop: Lokale Zivilgesellschaft unter Druck



Der Druck auf die Zivilgesellschaft steigt: Immer häufiger sind ehren- und hauptamtliche Aktive massiven Bedrohungen ausgesetzt. Die Folgen dieser zunehmenden Gefährdung ebenso wie lokale Gelingensbedingungen für eine demokratische Zivilgesellschaft standen in diesem von Jan Riebe (Amadeu Antonio Stiftung) und Henning Flad (BAG Kirche und Rechtsextremismus) moderierten Workshop im Vordergrund. Andrea Hübler (Beratungsstelle „Support“ für Betroffene rechter Gewalt), Hans Lauterbach (Oberpfälzer Bündnis für Toleranz und Menschenrechte) sowie Lea Lochau (Amadeu Antonio Stiftung) berichteten, wie sie die Gefährdung lokaler Zivilgesellschaft wahrnehmen. Anschließend tauschten sich die Teilnehmenden in Kleingruppen zu ihren Erfahrungen im Umgang mit Bedrohungen aus. Sie besprachen, wie gut ihre Organisationen auf Angriffe oder Bedrohungen vorbereitet sind, wo sie bei Bedarf Unterstützung finden und wie sie ihre individuelle Resilienz stärken können. Dabei brachten sie viel Erfahrung und Expertise mit und konnten sich gegenseitig weiterhelfen. Von staatlichen Stellen forderten die Teilnehmenden, dass auch Kosten für Sicherheitsmaßnahmen über Projektmittel abrechenbar sein müssen und personenbezogene Daten der Träger, die Maßnahmen im Programm „Demokratie Leben!“ umsetzen, nicht von rechtsextremen Parteien eingesehen werden dürften.

Fachgespräch: Einfallstor für die extreme Rechte? Leerstellen in Justiz und Politik am Beispiel Thüringen

In diesem Fachgespräch stellte zunächst Hannah Beck vom Thüringen-Projekt des Verfassungsblogs verschiedene Szenarien vor, die bei der Beteiligung einer autoritär-populistischen Partei an der Landesregierung in Thüringen oder Sachsen eintreten könnten. Dafür hatte das Thüringen-Projekt neben der Landesverfassung und weiteren rechtlichen Grundlagen insbesondere die Vorgehensweisen anderer autoritär-populistischer Parteien beispielsweise in Ungarn, Italien, Polen und den USA analysiert. Die Szenarien umfassten vor allem Auswirkungen auf Justiz und Bildungssystem, wobei einige in manchen Bundesländern bereits Realität sind. Daran anschließend präsentierte Natalie Gittner vom Else Frenkel-Brunswik Institut aktuelle Forschungsergebnisse zu sozialen Dynamiken und Konflikten in der Justiz. So wurde untersucht, auf welche möglichen Einstellungen von Mitarbeitenden einer Institution eine autoritär-populistische Partei treffen könnte und inwiefern diese Mitarbeitenden (nicht) resilient gegen Einflussnahmen wären. Insbesondere das Denken in Szenarien – sowohl negative als auch positive – wurde von den Teilnehmenden in der von Sophie Borkel (Gesicht Zeigen!) moderierten Diskussion als sehr gewinnbringend angesehen. Neben einem verstärkten Wissenschafts-Praxis-Transfer sollte diese Methode deshalb zukünftig von der Zivilgesellschaft mehr genutzt werden.

Dialogforum: Extrem rechte Familien und rechtsextrem gefährdete Jugendliche als Herausforderung für die Kinder- und Jugendhilfe

In diesem Dialogforum tauschten sich Fachkräfte aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe intensiv zu strukturellen und inhaltlichen Herausforderungen ihrer Arbeitsfelder aus. Es wurden dringende Handlungsbedarfe bei dem derzeitigen Personalnotstand, der unzureichenden Finanzierung der Kinder- und Jugendhilfe und dem mangelnden Schutz der Mitarbeitenden ausgemacht. Eine Verankerung des Themas Rechtsextremismus in der Fachkräfteausbildung fehlt vielerorts noch.

Unter den Anwesenden bestand Einigkeit darüber, dass in Kitas und Jugendämtern häufig ein fehlendes Problembewusstsein sowie eine mangelnde Handlungskompetenz in Bezug auf Rechtsextremismus vorliege. Es besteht ein hoher Beratungsbedarf. Eine Referentin der Fachstelle Rechtsextremismus und Familie stellte deshalb zusammen mit Silke Baer von cultures interactive erfolgreiche Ansätze aus ihrer Arbeit vor und bot den Teilnehmenden praktische Einblicke in Beratungsfälle zum Umgang mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen sowie in Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe.

Leon Brandt vom Forschungsinstitut SOCLES ergänzte wichtige juristische Perspektiven und stärkte die Teilnehmenden in ihrem demokratischen Erziehungsauftrag. Damit schuf das Dialogforum einen offenen Raum für Austausch und bot den Teilnehmenden die Möglichkeit, Solidarität und Unterstützung für ihren oft herausfordernden Arbeitsalltag zu erfahren.



Paneldiskussion: Rechtsextremes Agendasetting – Normalisierung von Abwertung

Zusammen mit den Teilnehmenden griffen Judith Rahner (Amadeu Antonio Stiftung), Paula Diehl (Professorin für Politische Theorie, Ideengeschichte und Politische Kultur an der Universität in Kiel) und Anne Mehrer (Kulturbüro Sachsen und Bundesverband Mobile Beratung), in dieser Paneldiskussion noch einmal den Begriff der Normalisierung auf. Aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten sie das rechtsextreme Agendasetting, also das gezielte Setzen rechtsextremer Themen, und wie darüber eine Normalisierung dieser Inhalte erzeugt wird.

Paula Diehl warf dabei zuerst einen vergleichenden Blick auf Italien, Ungarn, Frankreich und Brasilien und zeigte verschiedene diskursive Strategien auf, mit denen in diesen Ländern erfolgreich ein rechtsextremes Mainstreaming betrieben wird. Eine rechtsextreme Themensetzung, so Diehl, gelinge besonders gut über Massenmedien, Social Media und dort aufgegriffene popkulturelle Inhalte. Wo daraus Eindrücke von Selbstwirksamkeit und Erfolg entstünden, schöpfe die extreme Rechte noch einmal zusätzlich Kraft. „Die extreme Rechte

tauscht international Erfahrungen und Strategien aus. Da die Normalisierung von Rechtsextremismus ein internationales Phänomen ist, müssen auch wir uns international über Gegenstrategien verständigen“, so Paula Diehl.



„Es gibt einen rechtsextremen Lernprozess, der global verläuft.“

Prof. Dr. Paula Diehl

Beim anschließenden Austausch in Arbeitsgruppen stellten die Teilnehmenden fest, dass auch der Kulturbereich und Bibliotheken mit ihrem Anspruch, plurales Wissen und vielschichtige Perspektiven zu vermitteln, im Fokus rechtsextremer Akteur*innen stünden. Außerdem gaben die Teilnehmenden an, dass die Normalisierung der extremen Rechten sich auch im Privaten zeige, wo Gewöhnungseffekte, aber auch Auseinandersetzungen zunähmen. Engagierte Fachkräfte stellten hier eine Projektions- und Reibungsfläche dar. Trotzdem waren sich die Anwesenden einig, dass es der eigene Anspruch sein sollte, Diskurse und Debatten offen zu halten statt zu schließen, um demokratische Aushandlungen und Partizipationsprozesse zu ermöglichen. Dabei stellte sich auch die Frage, wie in einer von Aufmerksamkeitsökonomie geprägten öffentlichen Debatte angemessen auf rechtsextreme Inhalte reagiert werden kann, ohne rechtsextremen Akteur*innen zu noch mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen.

Workshop: Berichterstattung über Rechtsextremismus: Zwischen Verantwortung und Macht

Medien und Journalist*innen stellen ein klares Feindbild von Rechtsextremen und Rechtspopulist*innen dar und sind in den letzten Jahren zunehmend Angriffen ausgesetzt. Doch wie Kai Kollmann von der Leipziger Volkszeitung im von Sophia Oppermann (Gesicht Zeigen!) moderierten Workshop berichtete, fordern rechtsextreme Parteien und Politiker*innen auch die Berichterstattung heraus, weil Journalist*innen Gefahr laufen, sich die Themen von Rechtsextremen vorgeben zu lassen. Er plädiert deshalb für eine klare Einhaltung journalistischer Sorgfaltspflichten, für eine nüchterne Berichterstattung und eine deutliche Abgrenzung zwischen verschiedenen journalistischen Genres. Auch Elena Kountidou von den Neuen Deutschen Medienmacher*innen beobachtet regelmäßig, dass Journalist*innen rechtsextreme Positionen unbedarft aufgreifen oder diesen aufgrund von Zeitdruck und unterbesetzten Redaktionen zu viel Raum gewähren.

„Man kann Rechtsextreme nicht in Interviews entzaubern.“
Elena Kountidou

Rechtsextreme Positionen sollten immer als solche benannt, Wortlautinterviews mit rechtsextremen Akteur*innen vermieden und die Perspektive marginalisierter Gruppen berücksichtigt werden. Tilman Klawier von der Universität Hohenheim hob in seinem Kurzinput die Bedeutung von Lokalzeitungen für den demokratischen Diskurs hervor. Der Kommunikationswissenschaftler stellte zudem fest, dass rechtsextreme Akteur*innen heute in den Medien präsenter seien, auch weil es ihnen immer wieder gelinge, mit über Social Media generierter Empörung eigene Themen zu setzen. Die Berichterstattung über rechtsextreme Inhalte führe aber nicht unbedingt zu deren Legitimität. Deshalb lasse sich eine Diskursverschiebung durch Rechtsextreme bisher nicht eindeutig feststellen.

Musikalischer Tagesausklang mit Pir-Moll

Am Donnerstagabend sorgte der antifaschistische Laienchor Pir-Moll für einen musikalischen Abschluss. Die Gruppe, die sich 2017 in Pirna gegründet hat, ordnete jedes der Lieder kurz historisch ein und erzählte von der jeweiligen politischen Situation und der Bedeutung der Texte und Personen. Das Repertoire umfasste Lieder für Freiheit, antirassistische Lieder, Lieder über Gleichberechtigung und Ungleichheit, antifaschistische jiddische Lieder, Lieder aus Revolutionen, feministische Lieder, Lieder über Gefangenschaft, Streik und den Kampf für eine gerechte Welt. Sie wurden von dem Chor auf verschiedenen Sprachen, unter anderem Griechisch, Italienisch, Französisch, Deutsch und Jiddisch gesungen. Das Publikum stimmte an vielen Stellen mit ein und es war ein stimmiger Tagesabschluss für die Anwesenden.



Vortrag: Erinnern heißt Verändern – Initiative 19. Februar Hanau

Newroz Duman, Initiative 19. Februar Hanau



Der bewegende Vortrag am Freitagmorgen von Newroz Duman, Sprecherin der Initiative 19. Februar Hanau, zeigte deutlich, wie gefährlich es ist, rechtsextreme und rassistische Einstellungen nicht ernst zu nehmen. Sie berichtete, wie sich die Initiative kurz nach dem rassistischen Terroranschlag vom 19. Februar 2020 in Hanau gegründet hatte, um die Familienmitglieder und Freund*innen der neun Ermordeten zusammenzubringen und sich gegenseitig zu unterstützen. Das war auch deshalb nötig, weil die Angehörigen in dieser chaotischen und unübersichtlichen Situation von der Polizei und den Ermittlungsbehörden allein und im Unklaren gelassen wurden. Dabei wurde Duman zufolge schnell sichtbar, dass sehr unterschiedliche Menschen aus diversen Communities, mit verschiedenen Einstellungen und Sprachen unter den Betroffenen waren. Für sie alle einen gemeinsamen Raum zu schaffen, der noch nicht von anderen Themen besetzt war und an dem sie niedrigschwellig zusammenkommen können, war deshalb das Anliegen der Initiative. Dass wenige Wochen nach dem Terroranschlag die Pandemie begann, erschwerte ihre Arbeit

„Wohin führen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus in der Gesellschaft? Zu solchen Taten.“

Newroz Duman

Wie Duman berichtete, hat sich die Initiative 19. Februar in den vergangenen vier Jahren immer wieder für eine Aufarbeitung der Ermittlungen und des Umgangs der Behörden mit den Angehörigen, dem Täter und seinem Vater eingesetzt. Auch viele Erkenntnisse über die Ereignisse in der Tatnacht wurden von der Initiative selbst recherchiert. Die Trauer und Wut darüber, dass die rechtsextreme Gefahr, die von dem Täter ausging, von Polizei und Behörden nicht ausreichend ernst genommen und aus den bisherigen Versäumnissen keine Konsequenzen gezogen wurden, hat ihrer Meinung nach dazu geführt, dass Betroffene und eine solidarische Zivilgesellschaft die Arbeit des Staates übernehmen mussten: „Es war nicht die Stadt oder die Polizei, die da waren, es waren Journalist*innen und die Zivilgesellschaft.“ Das Vertrauen der Überlebenden und Angehörigen in die Polizei und die Ermittlungsbehörden ist deshalb auch nach dem Untersuchungsausschuss im hessischen Landtag zu dem Terroranschlag gering.

Dabei, so Newroz Duman, ist es der Initiative in den vergangenen vier Jahren gelungen, die Opfer und ihre Angehörigen im Mittelpunkt der Erinnerung und Aufarbeitung zu stellen. Zentral für die Aufarbeitung ist deshalb für sie die Frage danach, wem das Erinnern gehört – eine Frage, die auch in Hanau weiterhin zu Streit führe.

Außerdem berichtete sie von einer zunehmenden Vernetzung der Betroffenen verschiedener rechtsextremer Attentate aus den letzten Jahrzehnten. Dabei zeige sich, dass sie alle mit einer fehlenden Unterstützung durch die Behörden und einer mangelnden Aufarbeitung der Ereignisse durch Ermittlungsbehörden und Polizei zu kämpfen haben. Gemeinsam wollen sie auch in Zukunft Gerechtigkeit einfordern und dass endlich die Umstände ernst genommen werden, die diese Angriffe ermöglichten.

**„Es reicht nicht, die Tat als rechtsextrem zu benennen.
Was wir brauchen, sind Konsequenzen.“**
Newroz Duman



Workshop: Handlung? Sicher! Rechtsextremismus und Kindeswohlgefährdung in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe



In diesem Workshop wurden die Teilnehmenden nach einem Input der Referent*innen der Fachstelle Rechtsextremismus und Familie des LidiceHaus Bremen über das Aufwachsen in extrem rechten Familien in die praktische Fallarbeit eingeführt. In Kleingruppen arbeiteten sie an einem beispielhaften Fall aus einer Kindertagesstätte. Jede Gruppe erhielt zusätzlich kurze Audioaufnahmen, die als Diskussionsgrundlage dienten, um den Fall aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten: aus der Sicht der Fachkräfte – den Erzieher*innen – über das Kollegium bis hin zu den betroffenen Kindern und anderen Eltern der Einrichtung. Die Teilnehmenden erörterten, welche Werte und Haltungen zur Grundlage der Sozialen Arbeit gehören, wie Kinderrechte und Elternrechte in Konflikt geraten können und erarbeiteten Handlungsoptionen.

In der abschließenden Diskussion ging es auch um Fragen der Elternpartnerschaft mit rechtsextrem orientierten Eltern und einer möglichen Gefährdung des Kindeswohls durch eine neonazistische Erziehung. Im Workshop konnten die Fachkräfte ihre Handlungskompetenzen in Bezug auf den Umgang mit rechtsextremismusbedingter Kindeswohlgefährdung stärken. Der intensive Austausch und die erarbeiteten Lösungsansätze zeigen, wie hoch der Bedarf an praktischen Handlungsstrategien in diesem schwierigen und sensiblen Arbeitsfeld ist.

Workshop: Rechte Identitätspolitik im christlichen Gewand.

Die Kirchen und die extreme Rechte

In dem Workshop mit Henning Flad von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus ging es um Ambivalenzen: Denn einerseits werde das Christentum von rechts instrumentalisiert, und zwar von Menschen, die kaum einen Bezug zu den Kirchen hätten und trotzdem die Parole von der „Rettung des christlichen Abendlandes“ verbreiteten. Für diese Rechtsextremen diene das Christentum vor allem als identitäres Wahrzeichen der Zugehörigkeit zur Mehrheitskultur. Andererseits aber stellten die Kirchen für weite Teile der extremen Rechten ein Feindbild dar. Insbesondere Mitarbeitende aus kirchlichen Migrationsberatungsstellen würden von ihnen bedroht und angegriffen. Für einige rechtsextreme Ideologieelemente – insbesondere antifeministische Narrative – gebe es sehr wohl einen Resonanzraum in den Kirchen. Das werde auch daran ersichtlich, dass der Angriff auf Gender- und Gleichstellungspolitik eine wichtige Brückenideologie zwischen der extremen Rechten und Teilen der Kirchen darstelle. Henning Flad zufolge müssen sich Letztere damit selbstkritisch befassen und gleichzeitig die Instrumentalisierungen von rechts zurückweisen.

Workshop: Strategien zum Umgang mit rechtsextremen Angriffen

Was lässt sich bei rechtsextremen Angriffen und Einschüchterungsversuchen auf die demokratische Zivilgesellschaft tun? Diese Frage diskutierten Lea Lochau und Wiebke Eltze von der Amadeu Antonio Stiftung mit den Teilnehmenden dieses Workshops. Dabei zeigte sich, dass der Großteil der Teilnehmenden bisher noch nicht von rechtsextremen Angriffen betroffen war, aber bei ihnen aufgrund von Anfeindungen und Bedrohungen gegenüber bekannten Institutionen eine große Erwartungsangst besteht. Alle waren sich zudem einig, dass sich die Rahmenbedingungen in der Rechtsextremismusprävention verschlechtert hätten und die dort Tätigen deshalb mit neuen Herausforderungen konfrontiert seien. Umso wichtiger waren ihnen solidarische Allianzen sowie Sicherheits- und Schutzkonzepte, die von Anfang an mitgedacht werden. Da die Teilnehmenden eigene Erfahrungen einbrachten, stand die Betroffenenperspektive auch im Workshop selbst im Fokus.

„Dokumentieren, konsequent anzeigen, Betroffene schützen, Solidarität zeigen und eigene Privilegien nutzen.“
Teilnehmende des Workshops

Workshop: Rechtsextremismus in Wirtschaft und Arbeitswelt – die verkaufte Gefahr

In diesem Workshop ging es um die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Wirtschaft und Arbeitswelt. Dafür machten die Referent*innen Vivien Klatt und Sophia Fresen von Gesicht Zeigen! zunächst auf die rechtsextreme Scheingewerkschaft „Zentrum“ aufmerksam, die für sie beispielhaft für den organisierten Rechtsextremismus in der Arbeitswelt steht. Anhand eines kurzen Werbevideos von „Zentrum“ arbeiteten sie die Vorgehensweise und die Mobilisierungsstrategien der Organisation heraus.

Außerdem gingen sie auf die Vernetzung rechtsextremer Akteur*innen in Betrieben und in der Arbeitswelt mit Vorfeldorganisationen der extremen Rechten sowie Einzelpersonen aus der Politik ein. Die Teilnehmenden zeigten sich vom Grad der Organisiertheit rechtsextremer Strukturen in Betrieben überrascht. Anschließend entwarfen sie in Kleingruppen verschiedene Gegenstrategien. Dabei wurde deutlich, dass Einzelpersonen und Organisationen unterschiedliche, aber vielfältige Möglichkeiten des Umgangs zur Verfügung stehen.



Workshop: Aufsuchende Distanzierungsarbeit in Schule und Jugendhilfe mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen

Nach einer kurzen Einstiegssoziometrie zeigte sich bei den Teilnehmenden ein hohes Gesprächsbedürfnis und der Wunsch, Handlungssicherheit im Umgang mit der Adressat*innengruppe zu erlangen. Dafür wurde zunächst eine dreiteilige Typologie von rechtsextrem orientierten Jugendlichen vorgeschlagen. Unterschieden wurde hier zwischen milieuorientierten Jugendlichen, die Ungleichheitsvorstellungen vertreten, Jugendlichen, die sich im aktiven Hinwendungsprozess befinden und Kindern oder Jugendlichen aus rechtsextremen Elternhäusern. Jede dieser Gruppen unterscheidet sich in Hinwendungsmotiven und Ausgangslagen stark, daher sind entsprechend passgenaue Distanzierungsangebote nötig.

Darauf aufbauend wurden existierende Angebote und Zugänge der Distanzierungsarbeit besprochen und Leerstellen adressiert. Insbesondere in Bezug auf Angebote für Kinder und Jugendliche aus rechtsextremen Elternhäusern wurde eine eklatante Lücke festgestellt. Außerdem fehlt es den Teilnehmenden zufolge an einem systemischen Ansatz der Umfeldberatung. Nach einer Sammlung von Grundprinzipien der Distanzierungsarbeit – etwa Vertraulichkeit, Beziehungssicherheit, biografische Reflexion, emotionales und erfahrungsbasiertes Lernen – wurden existierende Ansätze und Konzepte der selektiven Rechtsextremismusprävention in Hinblick auf ihre Aktualität und entsprechende Weiterentwicklungsbedarfe diskutiert. Als Lücken wurden hier wiederum Orientierungshilfen für Jugendämter im Kontext Rechtsextremismus, der Einbezug familienorientierter Hilfen – und vor allem ein flächendeckendes Angebot zur frühen Distanzierung – ausgemacht.

„Was es braucht, ist eine Stärkung der Regelstrukturen. Spezialisierte Fachträger können hier ergänzend helfen, sollten aber nicht an ihre Stelle rücken.“
Teilnehmende des Workshops



Fishbowl: Erkenntnisse und Blick nach vorn



Nach der zweiten Workshop-Phase trafen sich alle Teilnehmenden für den Tagungsabschluss. Wer die eigenen Eindrücke teilen wollte, konnte dazu in einer Fishbowl-Diskussion in der Mitte des Raumes Platz nehmen. So entstand ein Austausch über die vergangenen zwei Tage, der noch einmal von Fatma Erol-Kilic moderiert wurde. Zunächst teilten die Referent*innen der vorangegangenen Workshop-Phase mit, was ihrer Ansicht nach konkret und strukturell getan werden könne. Eine Erkenntnis war dabei, wie wichtig der Fachaustausch ist, um Expertise zu bündeln und Best-Practice-Beispiele auszutauschen. Sophia Fresen (Gesicht Zeigen!) betonte außerdem in Bezug auf Rechtsextremismus in der Arbeitswelt: „Man muss sehr früh ansetzen und Widerspruch äußern, wenn man merkt, mit etwas stimme ich nicht überein.“

Für eine Referentin der Fachstelle Rechtsextremismus und Familie ist zudem wichtig, dass es in pädagogischen Einrichtungen Leitlinien gibt, auf die Mitarbeitende sich stützen können, ebenso wie Unterstützungsangebote, die den Fachkräften auch in komplexen Problemlagen zur Seite stehen. Niklas Vögeding (cultures interactive) berichtete, dass die gesellschaftliche Normalisierung auch dazu geführt habe, dass Menschen gar nicht mehr wahrnehmen, wie menschenverachtend ihre Einstellungen sind. Insbesondere mit jungen Menschen, die rechtsextreme Einstellungen haben, müssten pädagogische Fachkräfte ins Gespräch gehen.

Den Teilnehmenden zufolge hat die Tagung bewiesen, dass die Rechtsextremismusprävention und die Zivilgesellschaft glaubwürdig aufgestellt seien. Sie hätten den großen Vorteil, für Demokratie und Menschenrechte zu stehen, anstatt vor allem gegen etwas zu sein. Dabei war es den Teilnehmenden wichtig, auch auf rassistische Politiken von demokratischen Parteien sowie die Polizei und Sicherheitsbehörden zu schauen, sowie selbstkritisch zu überlegen, wie niedrigschwellig die eigenen Angebote sind. Andere Teilnehmende wünschten sich, Männlichkeitsbilder stärker in den Blick zu nehmen und zu schauen, wie rechtsextreme Akteur*innen in anderen Ländern vorgingen und die jeweilige Zivilgesellschaft dem entgegenwirke. Ein weiterer Appell richtete sich an Akteur*innen mit flächendeckenden Strukturen, wie Kirchen und Gewerkschaften, die sich jetzt deutlich gegen Rechtsextremismus positionieren müssten. Aber auch die Positionierung im eigenen sozialen Umfeld sei wichtig. Eine Fishbowl-Teilnehmende gab dabei zu bedenken, dass man nicht in allen Bereichen übereinstimmen müsse, um miteinander zu arbeiten.

Die Tagung bot einen wichtigen Rahmen für Austausch und Vernetzung zwischen Menschen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern und machte Mut, widerständig zu bleiben und sich bei Demonstrationen, in Elternbeiräten, Parteien und Bürger*innenversammlungen einzubringen, um diese nicht rechtsextremen Akteur*innen zu überlassen.

Links zur weiteren Vertiefung

Strategien zum Umgang mit rechtsextremen Angriffen

Amadeu Antonio Stiftung: Neun Flyer gegen Hate Speech.

Aus dem Handlungsfeld Justiz

Gesicht Zeigen!: Rechtsextreme im Justizsystem

Verfassungsblog: Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken. Handlungsempfehlungen aus der Szenario-Analyse des Thüringen Projekts.

Else Frenkel-Brunswik Institut: Die sächsische Justiz und ihr Verhältnis zu antidemokratischen Tendenzen.

Fragen der Medien und Berichterstattung

Neue deutsche Medienmacher*innen: Glossar zur Berichterstattung über Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus.

Reporter ohne Grenzen: Kodex für Medienhäuser zum Schutz von Journalist*innen.

Arbeit mit rechtsextrem orientierten Eltern und Fragen der Kindeswohlgefährdung

Fachstelle Rechtsextremismus und Familie / LidiceHaus: Funktionalisierte Kinder: Kindeswohlgefährdung in Neonazifamilien – eine Hilfestellung für Fachkräfte in den Bereichen Recht und (Sozial-)Pädagogik.

ElternStärken: Audio-Guide: Rechtsextrem orientierte Eltern in Kitas – Wissenschaftler_Innen beantworten häufig gestellte Fragen.

Aus dem Handlungsfeld der aufsuchenden Distanzierungsarbeit

cultures interactive: >blickwinkel Nr. 5 / Rechtsextreme Normalitäten.

cultures interactive: Extrem neutral? Verfassungs-, Sozial – und Datenschutzrecht: Anforderungen und Potenziale für politische Bildung, Extremismusprävention, Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit mit rechtsextremen Kindern und Jugendlichen.

Handlungsfeld Kirche und Rechtsextremismus

Evangelische Kirche in Deutschland: Interdisziplinäre Studie zu Kirche und politischer Kultur.

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus: Einsprüche. Studien zur Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte.





KOMPETENZ NETZWERK | RECHTS EXTREMISMUS PRÄVENTION



Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**



Redaktion: Johanna Meißner und Lena Schulze Frenking
Fotos: Offenblende / Michael Wendt

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.